

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

NORDAMERIKA

(1) Zufriedenheit mit dem Stand der amerikanisch-chinesischen Entwicklung

Zufrieden beobachtet China, wie sich nach Afghanistan die amerikanische Aufmerksamkeit für das "hegemonistische" Vorgehen der Sowjetunion schärft. Die USA hätten in den vergangenen Monaten mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Sowjetunion zu "bestrafen" (Reduktion der Getreideverkäufe, Einstellung des Verkaufs hochentwickelter Technologie, Aufschub der kulturellen und wirtschaftlichen Austauschbeziehungen, Einengung der Fischereierlaubnisse und Boykott der Olympischen Spiele in Moskau). Der zweite wichtige Wandel habe sich in den diplomatischen Kontakten vollzogen. Washington habe einerseits seine Zusammenarbeit mit Westeuropa, Japan und anderen kapitalistischen Ländern verstärkt und seine antisowjetischen Pläne koordiniert. Es habe andererseits Ländern wie Pakistan und einigen Mitteloststaaten verstärkte Hilfe zugesagt. Der dritte Wandel habe sich in dem Beschluß manifestiert, die eigene militärische Stärke zu erhöhen. Im neuen Haushaltsjahr seien die militärischen Ausgaben um 5% angehoben worden. Dieser Zuwachs soll auch jeweils in den nächsten 5 Jahren beibehalten werden (Radio Peking in SWB, 27.2.80). Gleichzeitig setzt sich ein Xinhua-Kommentator (XNA, 22.2.80) etwas hochmütig mit den Forderungen einiger amerikanischer Politiker auseinander, die davor warnen, zu einem neuen kalten Krieg zurückzukehren, da sonst die Gefahr eines Weltkriegs verstärkt werde. Ein Blick auf die japanische Invasion in China am 18. September 1931, auf die italienische Invasion in Abessinien im Jahre 1936 und auf die deutsche Invasion im Sudetenland im Jahre 1938 zeige deutlich, daß Nachgiebigkeit nichts bringe, sondern den Aggressor im Gegenteil sogar noch ermutige.

Nach zahlreichen vorausgegangenen Partnerschaften ist inzwischen eine Art Krönung dieser neuen Bewegung erreicht worden, nachdem Peking und New York ein "Partnerschaftsabkommen" geschlossen haben. In dem Abkommen heißt es u.a.: "Die beiden Städte werden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens die verschiedensten Kontakte herstellen sowie eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildungswesen, Wissenschaft, Technik, Stadtverwaltung und Stadtplanung" (XNA, 26.2.80). Das Abkommen war am 25.2. von Edward Koch, dem New Yorker Bürgermeister, und Lin Hujia, dem Pekingener Bürgermeister, in der chinesischen Hauptstadt unter-

zeichnet worden. Am gleichen Abend gab der chinesische Botschafter in Washington ein Essen, an dem über 30 Gouverneure teilnahmen und bei dem die Verbindungen zwischen Provinzen/"Staaten" wie zwischen einzelnen Städten Hauptthema waren (XNA, 28.2.80).

Auch die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich weiter: Ende Februar traf das erste von 3 in den USA bestellten Großraumflugzeugen vom Typ Boeing 747-SP auf dem Pekingener Flughafen ein. Von März 1980 an werden auf dem Pekingener Flughafen Großraumflugzeuge im Linienverkehr abgefertigt. Insgesamt hat die Volksrepublik für die 3 Flugzeuge die Summe von 164 Mio. US\$ zu zahlen.

Militärisches: Befriedigt äußert sich Xinhua (XNA, 14.2.80) über den Entschluß der Staaten Oman, Kenia und Somalia, den amerikanischen Luft- und Seestreitkräften im Ernstfall Basen zur Verfügung zu stellen, wofür die USA sich in Form von militärischen Lieferungen an diese Länder erkenntlich zeigten. Mit Beifall wurde auch der Entschluß bedacht, eine Flotteneinheit von 1.800 Matrosen mit Helikoptern, Panzern, Tankabwehrwaffen, Haubitzen und Amphibienfahrzeugen in die Gegend der Arabischen See zu entsenden so wie Militärübungen vor den Küsten der Philippinen abzuhalten (XNA, 14.2.80).

-we-

LATEINAMERIKA

(2) Kolumbien nimmt als 13. Staat Lateinamerikas mit China diplomatische Beziehungen auf

Am 7. Februar 1980 unterzeichneten die Vertreter beider Länder in New York ein Kommuniqué über die Aufnahme offizieller Beziehungen. Die Regierung von Kolumbien "nehme zur Kenntnis, daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China" sei (XNA, 9.2.80).

Indirekt verurteilte China die Besetzung der Dominikanischen Botschaft in Bogota, der Hauptstadt Kolumbiens, wo die Botschafter von 14 Ländern als Geiseln genommen wurden (XNA, 29.2.80). Der Standpunkt Chinas geht seit Jahren dahin, daß politische Fragen nur durch den Kampf der Massen, nicht jedoch durch "abenteuerliche", von den Massen losgelöste Individualaktionen gelöst werden könnten.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(3) China und Afghanistan

Hunderte von Berichten und Anklagen gegen die Okkupation Afghanistans durch die Sowjetunion erschienen im Berichtszeitraum in den chinesischen Presseorganen. Hauptthemen: Wachsender Druck und dadurch erzeugter Widerstand. Eigentlich habe die Sowjetunion die Afghanen mit Hilfe von afghanischen Regierungstruppen unterdrücken wollen. Doch nunmehr sei sie gezwungen, immer mehr eigene Streitkräfte zu entsenden und eine langfristige militärische Okkupation einzuleiten.

Die Behauptung, die USA, China und Pakistan hätten mit ihrer "Einmischung" in Afghanistan die Sowjetunion zum Rückschlag veranlaßt, sei nichts als eine "dumme Lüge". Im einzelnen: Sowjetische Truppenverstärkung (XNA, 11.2.80), Einsatz von Napalmbomben und Giftgas (XNA, 5.3.80), Zerstörung der Städte Asmar, Tangam, Sheegal, Pech, Dewagal und Gaadel durch 186 T-62-Panzer, fünf Staffeln MiG-21 und MiG-23, eine Helikopterstaffel und eine Infanteriedivision (XNA, 5.3.80); MG-Jagd auf Dorfbewohner von Hubschraubern aus (XNA, 5.3.80); Stationierung von SAM-Raketen in Kabul (XNA, 1.3.80); Bombardierung einer vollbesetzten Moschee in Kandahar (XNA, 3.3.80); Verursachung von Hungersnöten (XNA, 1.2.80).

Der afghanische Widerstand erfolge vor allem in drei Formen:

- ziviler Widerstand, z.B. durch den Streik der Ladengeschäfte in Kabul (XNA, 8.2.80) sowie durch antisowjetische Demonstrationen überall in Afghanistan (XNA, 19.2.80).

- bewaffneter Widerstandskampf: Überfall auf sowjetische Panzer und Militäreinrichtungen (XNA, 29.2., 1. und 3.3.80), Belagerung von Jalalabad, einer strategisch wichtigen Stadt in Ostpakistan, wo 3.000 Sowjettruppen stationiert waren (XNA, 29.2.80).

- Zusammenschluß der sechs afghanischen Moslemorganisationen bereits am 27.1. in Form der IABA (Islamische Allianz zur Befreiung Afghanistans), die sich demnächst eine Oberste Kommission geben wird (über die Uneinigkeit zwischen den Muslim-Organisationen findet sich in den chinesischen Verlautbarungen allerdings kein Wort!).

Das chinesische Rote Kreuz stiftete für afghanische Flüchtlinge in Pakistan im Februar 300.000 Yuan RMB (XNA, 19.2.80).

Ein AFP-Bericht vom 10.2. (SWB, 14.2.80) will pakistanische Truppen in afghanischen Uniformen entdeckt haben, die Seite an Seite mit den Muslim-Widerstandskämpfern sowjetische Truppen in Konar überfielen. Chinesische "Irreguläre"

hätten sich ebenfalls der 25.000 Mann starken vereinigten Muslimarmee angeschlossen, die einhalb sowjetische Divisionen (16.000 Mann) binde. Die Guerillas hätten zusammen mit ihren pakistanischen und chinesischen Helfern von Chitral und dem Terrain von Galal Painj operiert, das nach China hineinverläuft. Die mongolische Zeitung Montsame (in SWB, 6.3.80) will erfahren haben, daß der gesamte schmale Wakhan-Korridor, der sich bis an die Grenze Chinas erstreckt, zu einer "Zone besonderer Aktivitäten der chinesischen Armee und Sonderdienste" geworden sei. Den Chinesen sei es darum gegangen, Afghanistan zu destabilisieren.

Als Kronzeuge für das chinesische Verlangen nach Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wird unter anderem auch immer wieder die Islamische Sonderkonferenz zitiert, die mit überwältigender Mehrheit das sowjetische Afghanistan-Unternehmen verurteilt hatte. Dieses Verdikt hängt nicht nur mit den islamisch-religiösen Gemeinsamkeiten zusammen, die man Afghanistan gegenüber empfindet, sondern hat auch damit zu tun, daß einige der islamischen Nachbarländer Afghanistans unmittelbar von der Sowjetunion bedroht sind, worauf China auch immer wieder hinweist, nämlich Pakistan (RMRB, 28.1.80) und der Iran sowie das gesamte Golfgebiet (XNA, 28.2.80). Über die Absichten der Sowjetunion lasse auch das Vorgehen Moskaus in Südjemen Rückschlüsse zu. Schließlich sollte auch Indien sich von seinem angeblich so "guten" Freund bedroht fühlen. Der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko Anfang Februar in Neu-Delhi habe nur dem Versuch gedient, einige Staaten aus dem weltweiten Chor der Ablehnung gegen das Afghanistanunternehmen herauszulocken (XNA, 17.2.80).

-we-

(4) Parallelen zwischen Kampuchea und Afghanistan

Nach chinesischer Ansicht (XNA, 29.2.80) gibt es zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen den Angriffen auf Afghanistan und auf Kampuchea:

1. In beiden Fällen seien massive Truppenverbände in ein blockfreies Nachbarland eingefallen und zwar zu einer Zeit, als ein großer Teil der Welt gerade das Weihnachtsfest feierte.

2. Nachdem die Länder durch fremde Truppen besetzt worden seien, habe man jeweils von außen her Marionettenregierungen eingesetzt.

3. Die Aggression wurde unter dem Vorwand der "Einladung" und auf der Grundlage "eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages" durchgeführt.

4. Einmal im Land, weigern sich die Aggressionstruppen, sich wieder zurückzuziehen. Hanoi will seine Verbände erst zurücknehmen, wenn China nicht länger Kampuchea bedrohe. Moskau

andererseits denkt ebenfalls erst an einen Rückzug, wenn alle Formen fremder Intervention aus Afghanistan verschwunden seien.

Ein Vergleich zwischen der afghanischen und der kambodschanischen Szenerie wird auch von der vietnamesischen VNA angestellt (31.1.80 in SWB, 4.2.80). VNA findet gleich 6 Parallelen heraus:

Während in Kampuchea die "Pekinger Reaktionäre" die Hauptverlierer, die Washingtoner Imperialisten dagegen nur die Nebenverlierer waren, sei es in Afghanistan gerade umgekehrt gewesen.

- Was Pol Pot für Kampuchea war, nämlich ein "Schlächter, der ganz nach maoistischen Regeln ausgebildet war", ist dort Amin für Afghanistan ein Agent der amerikanischen CIA, der sich ein revolutionäres Mäntelchen umgehängt habe, um die afghanische Revolution zu ersticken.

- Wie die Chinesen in Kampuchea mit Hilfe eines Staatsstreiches die legitime Führung der Heng-Samrin-Regierung habe beseitigen wollen, so hätten die Amerikaner in Afghanistan ebenfalls danach gestrebt, das Land in eine "Neokolonie" zu verwandeln, um dadurch einen Ausgleich für den "Verlust" des Iran zu erhalten.

- Hier wie dort aber seien revolutionäre Kräfte auf der Hut gewesen und hätten um militärische Unterstützung durch ihre Nachbarn gebeten, mit denen vorher bereits formale Freundschaftsverträge abgeschlossen worden waren.

- Washington wie Peking hätten hier wie dort aufs heftigste reagiert und eine weltweite Kampagne der Verleumdung - vorher gegen Vietnam und später gegen die Sowjetunion - entfacht und hätten den Rückzug dieser Hilfstruppen verlangt.

- Ebenso wie in Kampuchea würden nun auch in Afghanistan Waffen eingeschmuggelt.

- Hier wie dort könne man "Flüchtlingslager" finden, die sich als Lieferanten für "Kanonenfutter" erwiesen.

-we-

(5) Belutschistan als nächstes Ziel?

Moskaus nächstes Ziel nach Afghanistan sei das gebirgige, zwischen dem pakistanischen Punjab, Iran und Afghanistan gelegene Belutschistan. Das Gebiet habe eine zweifache Bedeutung: Es sei reich an Naturschätzen (Naturgas, Öl, Eisenerz, Schwefel, Kupfer, Gold, Gips, Marmor und Chrom), vor allem aber habe es als Zugang von Zentralasien zu den eisfreien Häfen des Indik überragende Bedeutung. Dort liegen die Häfen Gwadar (Pakistan) und Tschah Bahar (Iran), nicht weit davon entfernt verläuft die Ölstraße von Hormuz. (Karte!)

Moskau versuche, mit Hilfe der Idee einer "Großen Republik Belutschistan" die Belutschen aus dem pakistanischen Staatsverband herauszusprengen und auf diese Weise unter ihre Kontrolle zu bringen, womit der ganze Gebietsstreifen bis zum Arabischen Meer unter sowjetische Kontrolle geriete. Neben diesem politischen Lockangebot liefert die Sowjetunion seit Anfang der 70er Jahre Waffen und Gelder an pro-sowjetische Kräfte, vor allem an die "Belutschistanische Volksbefreiungsfront". Gegenwärtig hielten sich Tausende von Belutschen in der Sowjetunion zur militärischen Ausbildung auf. Bei der Eroberung Afghanistans seien sowjetische Truppen bezeichnenderweise sofort ins südliche Kandahar vorgestoßen, das an Belutschistan angrenzt. Gleichzeitig seien im Indik Flottenverbände aufgekreuzt.



Quelle: BRu, 11.3.1980

China hofft auf den Widerstandswillen der 5 Mio. Belutschen, von denen 2 Mio. in Pakistan, weitere 2 Mio. im Iran, ungefähr 600.000 in Afghanistan und der Rest in der Sowjetunion leben. Sie alle haben ihre eigene Sprache, das Belutschisch und gehören einer gemeinsamen Religion (im allgemeinen Suniten-Moslems) an, betreiben Ackerbau, Viehzucht und Fischerei. China ist sicher, daß vor allem die religiösen Bande Gemeinsamkeiten schaffen, die dem Abwehrkampf zugute kommen (BRu 1980, Nr.10, S.27 f.).

-we-

(6) Jubel über den Sieg Mugabes in Zimbabwe/Rhodesien

Anfang März errang die Zimbabwe African National Union (Patriotic Front) unter Führung von Robert Mugabe einen überwältigenden Sieg bei den Wahlen zum House of Assembly in Rhodesien. Von den 100 Sitzen stehen 20 der weißen Minderheit und 80 der schwarzen Mehrheit zu. Von diesen 80 Sitzen gewann Mugabes Partei nicht weniger als 57 und erhielt damit ein klares Mandat für die Bildung der ersten den Mehrheitsbestimmungen entsprechenden Regierung, wie sie im Abkommen von London vereinbart worden waren.

Für China ist der Sieg Mugabes ein abermaliger klarer Beweis für den Nutzen des lange hingezogenen Volkskriegs, wie er ja auch in der VRCh selbst 28 Jahre lang stattgefunden hat. Ohne diesen bewaffneten Befreiungskampf hätte es die jetzt gewonnenen Wahlen gar nicht geben können. Ohne es ausdrücklich zu erwähnen, feiert China hier zugleich die von ihm bekämpfte Strategie des "parlamentarischen Wegs", wie sie von Moskau gutgeheißen wurde und wie sie auch seinerzeit von Allende in Chile verfolgt worden war. Die PF habe ihren Kampf im April 1966 begonnen und seitdem, in enger Koordination mit dem Befreiungskomitee der OAU, Zimbabwe von Nordosten, Osten und Nordwesten her angegriffen und dadurch die Macht der "rassistischen Behörden" langsam ausgehöhlt (XNA, 4., 5. und 6.3.80).

China, das die PF seit Jahren unterstützt hatte, hofft nun, daß Mugabe nicht den sowjetischen Weg beschreitet.

-we-

ASIEN

(7) Chinesischer Kummer mit Indira Gandhi

Am 21. Februar 1980 hatte die vor zwei Monaten neu gewählte indische Premierministerin bei einer Kundgebung erklärt, daß China "große Teile von Indien, Bhutan, Nepal und Birma besetzt habe" und daß es nach wie vor eine "Gefahr an der indischen Grenze" darstelle.

Die Volkszeitung (RMRB, 1.3.80) "bedauert" diese Erklärung als einen Akt der Feindseligkeit gegenüber China und als eine Verdrehung der Tatsachen. Es sei wohl bekannt, daß China Anfang der 60er Jahre mit Birma und Nepal faire Grenzverträge geschlossen habe und daß mit Bhutan zwar noch kein Grenzabkommen getroffen worden sei, daß man sich aber gleichwohl dort über China kaum beklagen könne. Was nun die chinesisch-indische Grenze anbelangt, so wisse jedermann, daß es hier ebenfalls nie eine von beiden Seiten akzeptierte Grenzziehung gegeben habe. Gleichwohl existiere eine traditionelle Grenzlinie, die stets de facto anerkannt worden sei. China habe nie auch nur einen Zoll indischen Territoriums besetzt. Im Gegenteil habe Indien auf chinesischen Boden übergreifen und im östlichen Sektor der traditionellen Grenzlinie rund 90.000 qkm chinesischen Territoriums akzeptiert. Überdies erhebe es Ansprüche auf weitere chinesische Areale. Indien müsse doch zugeben, daß China immer schon eine friedliche Lösung in der Grenzfrage angestrebt habe und eine solche auch weiterhin verfolge.

In der Zwischenzeit hat der indische Außenminister Narasimha Rao bekanntgegeben, daß man Schritte einleiten werde, um mit China sämtliche Fragen zu besprechen, einschließlich des Grenzproblems (XNA, 6.3.80).

-we-

(8) Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Berichtszeitraum:

Wiederum keine Verhandlungen, sondern gegenseitige Beschuldigungen und historische Rückblicke.

a) Keine Verhandlungen: Seit der letzten Vollversammlung am 19. Dezember 1979 (C.a., Dez. 1979, Ü 15) haben sich die beiden Delegationen nicht mehr gemeinsam an den Verhandlungstisch gesetzt.

Jedoch versuchte die vietnamesische Delegation in Peking mit Note vom 1. Februar, einen Waffenstillstand für die Zeit des Tet- (Chinesisch Neujahrs- oder "Frühlings-") Festes vorzuschlagen. Gleichzeitig regte sie an, die nächste Vollversammlung (in der vietnamesischen Zählung die 11. Versammlung dieser Art) zwischen dem 6. und 8. Februar 1980 stattfinden zu lassen.

Der chinesische Verhandlungsführer Han Nianlong wies mit Note vom 4. Februar den Waffenstillstandsvorschlag zurück, da er nur als Trick gedacht sei, um die feierlich gestimmten Gefühle der Chinesen und Vietnamesen während des Neujahrsfestes auszunutzen und ihre Aufmerksamkeit von der gleichzeitig stattfindenden Trockenzeitoffensive gegen Kampuchea sowie von den ständigen vietnamesischen Übergriffen nach China hinein abzulenken. Wünsche Vietnam wirklich einen Waffenstillstand, so solle es doch seine Provokationen gegen China einstellen und seine Truppen aus Kampuchea abziehen (SWB, 6.2.80).

Die vietnamesische Delegation gab daraufhin in Peking eine Erklärung heraus, die Hanoi Vorwürfe gegen China zusammenfassen: (1) Seit dem chinesischen Feldzug gegen Kampuchea (17.2.-16.3.79) hätten sich die Chinesen 1.500mal bewaffneter Provokationen gegen Nordvietnam schuldig gemacht und fast 250 vietnamesische Zivilisten und Grenzsoldaten getötet oder verwundet. Statt auf die 3 Punkte Vietnams einzugehen, hätten sie laufend Ansprüche auf die Inselgruppen Hoang Sa und Truong Sa (Xisha und Nansha) erhoben. Auch hätten sie sich des Verräters Hoang Van Hoan bedient, der 1979 nach China floh und nun für "subversive Zwecke im vietnamesischen Volk" eingesetzt werde. Die Hinweise auf Vietnams "Trockenzeitoffensive in Kampuchea" seien nur ein Versuch, die öffentliche Meinung von Chinas laufenden Vorbereitungen für ein neues militärisches Abenteuer gegen Vietnam abzulenken und Thailand gegen die Völker von Vietnam, Kampuchea und Laos aufzustacheln.

(2) Ferner habe sich Peking nun endgültig mit den US-Imperialisten zusammengetan, um gegen die Sowjetunion, Vietnam, Laos, Kampuchea, Afghanistan und die weltrevolutionäre Bewegung Front zu machen; (3) schließlich habe China versucht, mit Hilfe seines "Acht-Punkte-Vorschlags" seinen "Großmachtexpansionismus" auf

dem Verhandlungsweg durchzusetzen (VNA in SWB, 8.2.80).

In einer fast gleichzeitig abgegebenen Erklärung gibt die chinesische Seite (XNA, 8.2.80) eine fast spiegelbildlich umgekehrte Interpretation der Ereignisse. Welches Interesse eigentlich verfolge die vietnamesische Delegation in Peking? Zu einem Verhandlungsergebnis wolle sie offensichtlich ja nicht kommen. Dies sei bereits bei der ersten Verhandlungsrunde in Hanoi klar geworden, deren 5 Sitzungen von Mitte April bis Mitte Mai gedauert hätten. Seit Juni 1979, d.h. mit anderen Worten, seit 7 Monaten verhandle man nun in einer 2.Runde in Peking, aber herausgekommen sei bisher ebenfalls noch nichts, vielmehr hätten die Verhandlungen den toten Punkt erreicht. Was also sei der Grund der vietnamesischen Anwesenheit in Peking? Offensichtlich benutze man die ausgezeichneten Kommunikationsmöglichkeiten, um den hier vertretenen Politikern und Journalisten falsche Informationen zuzuspielen und die Welt über die wahren Absichten der Hanoi Führung hinwegzutäuschen. Wie sonst solle man sich die zahlreichen Pressekonferenzen, Einladungen an ausländische Korrespondenten und die Verteilung chinafeindlichen Materials erklären? (XNA, 8.2.80).

Am 10. Februar verließ der vietnamesische Verhandlungsführer Din Nho Liem Peking, um vorübergehend nach Hanoi zurückzukehren. Offensichtlich wollte er damit seine Mißbilligung der gegenwärtigen Situation zum Ausdruck bringen (SWB, 12.2.80).

Am 10. Februar gab die chinesische Regierung als Zeichen ihres guten Willens, wie es hieß, 24 vietnamesische Soldaten frei, die 10 Monate vorher in das "chinesische Territorialgewässer" vor den Xisha-Inseln eingedrungen waren. Die Soldaten sollten das Neujahrsfest bei ihrer Familie verbringen können (XNA, 11. und 15.2.80). Das vietnamesische Rote Kreuz nahm die freigelassenen am 14. Februar in Empfang (Radio Hanoi in SWB, 18.2.80).

Am 6. März schlug das chinesische Außenministerium vor, die gegenwärtige 2. Verhandlungsrunde in Peking für beendet zu betrachten und die 3. Runde in Hanoi auf die "zweite Hälfte 1980" anzusetzen. (XNA, 6.3.1980)

b) Inselfrage:

Am 30. Januar hatte das chinesische Außenministerium ein Dokument mit dem Titel "Chinas unbestreitbare Souveränität über die Xisha- und Nansha-Inseln" herausgegeben, das in 5 Teile zerfällt (Teil 1: Historischer Rückblick von der Entdeckung der Inseln bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts; Teil 2: Illegale Besetzung der Inselgruppen durch Frankreich und später durch Japan in den 30er und 40er Jahren. Teil 3: Wie die Welt immer schon die chinesische Souveränität über die beiden Inselgruppen

anerkannt hat; Teil 4: Beweise dafür, daß auch Vietnam selbst bis zum Jahre 1974 an den chinesischen Souveränitätsansprüchen nie Zweifel geäußert hat. Teil 5: Auseinandersetzung mit dem "Weißbuch" des vietnamesischen Außenministeriums vom 28. September 1979 (der Text ist abgedruckt in XNA, 31.1.80, S.3-10).

Inzwischen scheinen sich auch vietnamesisch-indonesische Inselstreitigkeiten anzubahnen, nämlich um die Natuna-Inseln im Südchinesischen Meer, wo Ölfelder entdeckt worden sind. Phan Hien, der vietnamesische stellvertretende Minister, erklärte dazu in einem AFP-Interview (in SWB, 14.2.80), daß die indonesischen Behörden nach Entdeckung der Ölfelder bereits mit der Prospektierung begonnen hätten. Daraufhin habe Hanoi erklärt, daß in "umstrittenen Gebieten" ohne volle Übereinstimmung zwischen den betroffenen Seiten keine Ausbeutung vorgenommen werden dürfe (SWB, 14.2.80). Auch hier geht es also um einen Insel-"Streit"!

c) Historische Rückblicke:

Der Monat Februar stand im Zeichen des 50. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas am 3. Februar 1930 durch Ho Chi Minh. Aus diesem Anlaß fand eine große Zeremonie in Hanoi statt, bei der die gesamte Führung anwesend war und bei der Le Duan einen zweieinhalbstündigen Vortrag über die Parteigeschichte und die daraus gewonnenen Erkenntnisse hielt (abgedruckt in SWB, 5.2.80). Als Hauptziel der vietnamesischen Revolution hob er dabei den Aufbau des Sozialismus, die Sonderbeziehungen zu den "brüderlichen Völkern von Laos und Kampuchea" sowie die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bei gleichzeitigem Widerstand gegen den US-Imperialismus und den Peking-Expansionismus hervor.

Gleichzeitig gab Hoang Van Hoan, der im Jahre 1979 nach China geflohene frühere Mitkämpfer Ho Chi Minhs eine Gegenerklärung ab, in der er eine "zweite Revolution" in Vietnam forderte, da die jetzige Führung das Volk und die revolutionären Ideale der Revolution verraten habe (SWB, 4.2.80).

Ein dritter Rückblick wurde anlässlich des ersten Jahrestages des chinesischen "Aggressionskriegs" auf Vietnam von VNA (SWB, 22.2.80) veranstaltet. Am interessantesten ist hier die Aufzählung der zerstörten Wirtschaftseinheiten, denen bisher von der westlichen Öffentlichkeit allzu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Man hat hier das Augenmerk immer nur auf die politische oder die militärische Seite des 16-Tage-Feldzuges konzentriert, ohne den wirtschaftlichen Zielsetzungen genügend Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. In dem Bericht heißt es: "Die chinesischen Truppen haben von 68 Industrieanlagen (in den sechs Nordprovinzen) 55 völlig zerstört, einschließlich der Apatitminen-Region, der Lao-Cai-Textilfabrik und der Lang-Son-Anisöl-Raffinerie. Fast das gesamte Verkehrsnetzwerk, nämlich sämtliche Brücken und

Kanäle sowie 90 km Eisenbahnlinien wurden durch Minen zerstört, 127 Anhänger vernichtet und 500 Motorfahrzeuge zerstört oder weggenommen. Zerstört wurden auch die lokalen Bewässerungsprojekte im Kampfgebiet, u.a. 10 hydroelektrische Stationen und größere Pumpenstationen. Die Aggressoren haben 34 Forstgebiete niedergebrannt und Tausende von Hektar Wald in den Provinzen Lai Chau, Ha Tuyen, Quang Ninh und Lang Son vernichtet. Sie töteten Einwohner, raubten ihr Eigentum, töteten oder stahlen über 20.000 Wasserbüffel, Kühe und Pferde, die für die landwirtschaftliche Arbeit unentbehrlich sind und gaben dadurch über 580.000 ha Land der Vernichtung anheim. Sie nahmen den gesamten Reis, das Saatgut, Bettücher, Moskitonetze, Kleider, Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände mit. Was sie nicht mitnehmen konnten, verbrannten sie; 45.000 Häuser und über 600.000 qm Wohnfläche in den Provinzstädten wurden zerstört, so daß dadurch 350.000 Menschen obdachlos wurden. 735 Grundschulen wurden dem Erdboden gleichgemacht, so daß heute 180.000 Schüler ohne Ausbildung bleiben; zerstört wurden auch 428 Krankenhäuser, Apotheken und andere Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dem Erdboden gleichgemacht wurden viele Pagoden, Tempel und historische Monumente. Typisch für solche Verbrechen war die Zerstörung des Pac-Bo-Museums, das an der Stelle steht, wo die heiligen Relikte und Andenken untergebracht waren, die auf das revolutionäre Leben des Präsidenten Ho Chi Minh hinwiesen." (SWB, 22.2.80)

An dieser Stelle wird das chinesische Vorgehen in den sechs Nordprovinzen mit der Politik des "Alles Töten, alles Verbrennen und alles Zerstören" der "Pol-Pot-Schlächter" an der Südwestgrenze verglichen. Die Pol-Pot-Clique habe ebenfalls ganze Provinzstädte vernichtet, nämlich u.a. Ha Tien, Tinh Bien, Chau Doc, Tay Ninh etc., während die chinesischen Truppen sich vor allem die Provinzstädte Lang Son, Cao Bang, Lao Cai und Cam Duong vorgenommen hätten. Die kampucheanischen Truppen hätten auch 15 der 19 angegriffenen Distrikte weitgehend als verbrannte Erde hinterlassen und 164 von 320 angegriffenen Dörfern zerstört. Wollte man eigentlich, so fragt VNA, chinesischerseits die alte amerikanische Drohung, "Vietnam zurück ins Steinzeitalter zu treiben", erneut verwirklichen?

Auch das vietnamesische Außenministerium gab am 12. Februar 1980 einen historischen Rückblick auf ein Jahr Geschichte seit dem chinesischen Feldzug. Der Hauptschluß, der aus den Ereignissen gezogen wird, läuft dahin, daß die Chinesen einen zweiten Feldzug gegen Vietnam planten, nachdem sie ihre Truppen von 12 auf 15 Divisionen erhöht hätten (SWB, 14.2.80).

Die chinesische Seite wollte den Jahrestag ebenfalls nicht stillschweigend vergehen lassen und brachte einen Bericht (XNA, 9.2.80), in dem die Leiden des Grenzortes Hekou noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden. Dieser Bericht spricht die Flüchtlingslage besonders an: Hier

fließen die beiden Flüsse Hong und Nanxi zusammen, über die vor allem 1978 und 1979 Tausende von Flüchtlingen nach China gewatet kamen (XNA, 9.2.80).

Ein weiterer Rückblick macht deutlich, in welchen geschichtlichen Dimensionen Asiaten manchmal denken: Am 20. Februar nämlich fand in Hanoi eine Fackel-Prozession zum Sieg des vietnamesischen Königs Quang Trung über die chinesische Qing-Invasion des Jahres 1789 am Dong-Da-Hügel in Hanoi statt. Damals seien 200.000 Qing-Invasoren niedergeschlagen worden (VNA in SWB, 23.2.80).

Von chinesischer Seite wurde die glorreiche Zeit der chinesisch-vietnamesischen Zusammenarbeit in den 20er Jahren in Erinnerung gerufen: Damals hätten Revolutionäre in der Provinz Guangdong den Anhängern Ho Chi Minhs Gelegenheit gegeben, auf chinesischem Boden vietnamesische Revolutionäre auszubilden (XNA, 14.2.80). Sei dies heute alles vergessen?

Ungemein bezeichnend für den Stellenwert der Geschichte zwischen asiatischen Staaten ist auch eine Sendung von Radio Peking in Vietnamesisch (25.1.80 in SWB, 7.2.80), in der die freundlichen 50er den bösen 60er Jahren gegenübergestellt werden. Noch zur Zeit Ho Chi Minhs seien stets nur die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Völkern hervorgehoben worden: Der technische, architektonische und kulturelle Austausch, die gemeinsamen Feste etc.; ferner der gemeinsame chinesisch-vietnamesische Kampf gegen fremde Eroberer. Erinnert worden sei z.B. an Zhao Zhong, der im 13. Jahrhundert zusammen mit den Vietnamesen gegen die Yuan-Invasoren gekämpft habe. Erinnert wurde auch an die "Schwarze-Flagge"-Truppen unter Führung von Liu Yongfu während der Qing-Dynastie, als Chinesen und Vietnamesen gemeinsam gegen die Franzosen kämpften. Sun Yat-sen habe stets freundliche Beziehungen zu den vietnamesischen Revolutionären unterhalten und besonders Ho Chi Minh sei von den chinesischen Kommunisten systematisch unterstützt worden.

Nachdem aber mit dem Tode Ho Chi Minhs im Jahre 1969 die "Le-Duan-Clique" an die Macht kam, sei die Chinafreundlichkeit durch Chinafeindlichkeit ausgetauscht worden. Besonders deutlich spreche dafür Band 1 der "Geschichte Vietnams", der vom Vietnamesischen Institut für Sozialwissenschaft im Jahre 1971 herausgegeben wurde und in dem praktisch von nichts anderem die Rede sei als von einem 2.000jährigen Abwehrkampf gegen die chinesischen Feudalhöfe. Auch die zwei Geschichtstextbücher für die 6. und 7. Klassen aus dem Jahre 1973 stimmen denselben Ton an. "Unsere Ahnen kämpften gegen die Banditen 4.000 Jahre lang auf zivilem und militärischem Gebiet" - dies wurde ein beliebtes Motto. China sei mit den US-Imperialisten auf einen Nenner gebracht worden. Die Ausdrücke "Han-Aggressoren", das "aggressive Hanvolk", die "Aggression aus dem Norden" und die "Assimila-

tions"-Politik seien beliebte Termini der vietnamesischen Geschichtsschreibung geworden. In diesen Geschichtswerken, durch die Haß gegen das heutige China erzeugt werden soll, werden überdies die Tatsachen verdreht: Es habe nicht nur chinesische, sondern umgekehrt auch vietnamesische Aggressoren gegen China gegeben, so z.B. den General Ly Thuong Kiet, der im Jahre 1075 mit 100.000 Soldaten nach Yunnan und Guangxi eindrang und dort 58.000 Menschen tötete. Dieser Aggressor werde aber in der "Geschichte Vietnams" von 1971 als glorreicher Held und Verteidiger Vietnams dargestellt.

Schon 1966 habe Zhuo Enlai seinen Gesprächspartner Le Duan gebeten, doch mit der Politik, "vergangene Geschichte gegen das heutige China auszuspielen", Schluß zu machen. So wie das vietnamesische Volk nicht für die Aggressionsakte seiner feudalistischen Vorgänger verantwortlich gemacht werden könne, dürfe man auch das chinesische Volk nicht für Verbrechen seiner Feudalhöfe anklagen. Le Duan habe damals Besserung versprochen, in Wirklichkeit aber die verleumderische Politik verstärkt fortgesetzt.

Wieviel militärische Hilfe bekommt Vietnam von der Sowjetunion? Nach einer Meldung, die am 26.1.80 in der "Nation" (Bangkok) abgedruckt war, soll der stellvertretende Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Thailands, Prasong Sunsir, die Hilfe der Sowjetunion an Vietnam für das Jahr 1979 auf 3 Mio.t Panzer, Waffen und Munition geschätzt haben. Die finanzielle Hilfe sei von 50 Mio.US\$ im Jahre 1978 auf rd. 1 Mrd.US\$ im Jahre 1979 angewachsen. In Vietnam seien zur Zeit 5.000 sowjetische Militär- und Zivilberater sowie Piloten tätig, die vietnamesisches Militärpersonal und militärische Gegenstände nach Laos und Kampuchea brächten (SWB, 28.1.80 und XNA, 26.1.80).

Am 7. Februar 1980 faßte der Ständige Ausschuß der Nationalversammlung einen Beschluß, der das gesamte Personalkarussell in Bewegung brachte. Nicht weniger als 17 Namen tauchten dabei auf: 7 Minister wurden ihres Postens enthoben, darunter der Innenminister, der Verteidigungsminister (Giap!), der Außenminister (Nguyen Duy Trinh), der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, der Minister für Transport und Verkehr, der Außenhandelsminister und der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Planungskommission (VNA in SWB, 9.2.80). Hier handelt es sich offensichtlich um Persönlichkeiten, deren Ressorts in den vergangenen Jahren weitgehend versagt hatten.

An ihre Stelle rücken jüngere Nachwuchspolitiker, die mit der Aura des Erfolgs gekrönt sind. An erster Stelle sind hier General Van Tien Dung, der Stratege des Sieges von Saigon (1975), sowie Nguyen Co Thach, der neue Außenminister, zu nennen.

Offensichtlich handelt es sich hier nicht nur um eine routinemäßige Regierungsumbildung, son-

dern um Ergebnisse eines regelrechten Machtkampfes innerhalb der bisher so monolithisch auftretenden vietnamesischen Führung. Darüber darf auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß das Politbüro bisher unverändert geblieben ist. Seit der großen "Asien-Offensive" der Sowjetunion im Jahre 1965 hatte sich in Hanoi ein prosovietischer Flügel herausgebildet, an dessen Spitze Parteichef Le Duan und Ministerpräsident Pham Van Dong stehen. Krönung dieser Entwicklung war der auf 25 Jahre angelegte Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion im Jahre 1978, in dessen Gefolge sich die Beziehungen zu China erst so richtig zuspitzten. Die Vereinsamung Vietnams an der Seite der Sowjetunion führte auch zu schweren wirtschaftlichen Einbrüchen und ermöglichte wahrscheinlich auch erst das Feldzugsunternehmen in Kampuchea.

Der chinesische Kommentar (Radio Peking in Vietnamesisch, 12.2.80, SWB, 15.2.80) spricht von "umfangreichen Säuberungen in der Partei und in der Regierung". Le Duan habe bereits in seiner Rede vom 2. Februar betont, daß alle jene Personen, die der Parteilinie in innen- und außenpolitischen Fragen nicht strikt folgten, ersetzt werden müßten. Damit habe er die innere Opposition offen zugegeben. Außenpolitisch führten die vietnamesischen Behörden einen Aggressions- und Expansionskrieg, innenpolitisch hätten sie der Bevölkerung eine "faschistische Herrschaft" aufoktroziert, in deren Gefolge es auch zu Wirtschaftskrisen gekommen sei.

Der Aggressionskrieg gegen Kampuchea fordere jetzt bereits eine Armee von 1 Mio. Mann. Darüber hinaus gebe es mehrere 100.000 Mann Sicherheitstruppen. Nach Kampuchea und Laos seien rd. 260.000 Mann entsandt worden. Die schwache Wirtschaft Vietnams könne unmöglich 1 Mio. Soldaten tragen und zugleich einen Angriff gegen Kampuchea durchhalten. Hand in Hand mit der Sowjetunion hätten die vietnamesischen Behörden die gesamte Volkswirtschaft "militarisiert". Die Kräfte fehlten nun der Landwirtschaft und der Industrie. Die Landwirtschaftsproduktion mehrerer Jahre sei jämmerlich und die Industrieproduktion habe auch im vergangenen Jahr ihre Ziele nicht erreicht. Vietnam habe allein im Jahre 1979 4 Mio.t Nahrungsmittel zu wenig erzeugt. In den vergangenen vier Jahren habe es jährlich durchschnittlich an 2 Mio.t gefehlt.

Die "faschistische Herrschaft" drücke sich in einer Unzahl von Inspektionsposten und Sicherheitspolizei sowie Geheimagenten in den Städten und ländlichen Gebieten aus. Bei den geringsten Anzeichen von Unwillen werde jedermann als "Konterrevolutionär" behandelt und in ein Reformlager oder in ein Gefängnis gesteckt. Die durch solche Aktionen erzeugte Unlust der breiten Bevölkerung habe sich auf die Partei übertragen und zu den jüngsten Säuberungen geführt.

Ähnlich argumentiert der Pol-Pot-Sender "Stimme des Demokratischen Kampuchea", der besonders

den Sieg der "Le Duan-Clique" betont, die nun wahrscheinlich einen noch grausameren Krieg in Kampuchea führen werde (SWB, 8.2.80).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(9) Olympiateilnahme in Lake Placid: Nichts gewonnen, aber viel gelernt

Zum ersten Mal nahmen chinesische Sportler (insgesamt 28) an olympischen Winterspielen teil. Die politischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür waren im November 1979 geschaffen worden (Näheres C.a., Nov.1979, 0 24): Am 26. November hatte das IOC einen Kompromiß bekanntgegeben, der es beiden chinesischen Teilstaaten erlaubte, in Lake Placid teilzunehmen. Taiwan müsse dabei allerdings auf seine nationale Flagge, Hymne und sein Emblem verzichten.

Das NOC mit Sitz in Taipei erhob gegen diese Entscheidung Einspruch, der kurz vor Beginn der Spiele durch ein amerikanisches Gericht verworfen wurde.

Alle Ereignisse wurden von den Kommunikationsmitteln ausführlich mitgeteilt, angefangen von der Eröffnungsfeier (XNA) bis hin zu den einzelnen Sportergebnissen, wo sämtliche Teilnehmer aufgeführt wurden. Meist mußten die Chinesen die Listen bis zum Ende abdrucken, da die chinesischen Teilnehmer in der Regel auf den letzten Plätzen landeten, so z.B. beim 5-km-Skilanglauf der Damen, bei dem die chinesische Vertreterin auf den 38. und damit letzten Platz kam (XNA, 17.2.80). Beim 15-km-Skilanglauf belegte der chinesische Vertreter unter 60 Läufern den 50. Platz (XNA, 18.2.80), beim 1.000-m-Eisschnellauf der Damen landeten die beiden chinesischen Vertreter unter 36 Teilnehmern auf dem 31. und 32. Platz (XNA, 18.2.80). Beim 1.500-m-Eisschnellauf der Männer kamen die beiden chinesischen Vertreter nur auf den 25. und 29. Platz.

All diese Zahlen wurden tapfer gemeldet, wobei man allerdings nicht versäumte, darauf hinzuweisen, daß China bei den Eisschnellaufweltmeisterschaften 1963 bereits eine Goldmedaille gewinnen konnte, und daß die chinesischen Eisschnellläufer zwischen 1962 und 1964 zwei Weltrekorde brachen. Die Kulturrevolution habe diese Sportart allerdings zum Erliegen gebracht, und man habe danach erst wieder von vorne anfangen müssen.

Das chinesische Postministerium gab vier Olympiamarken heraus, und zwar eine mit dem chinesischen Olympiaemblem, eine andere mit einem Skibild und zwei weitere mit Schlittschuhmotiven (XNA, 13.2.80).

Was die Sommerspiele anbelangt, so will China ganz im Einverständnis mit der US-Politik nicht daran teilnehmen. Die chinesische Presse versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Länder wie Norwegen (XNA, 30.1.80) ebenfalls nicht teilnehmen werden. In einem Bericht vom 15.2.80 machte Xinhua darauf aufmerksam, daß die westdeutsche Regierung ihren Standpunkt, nicht teilzunehmen, auch dann unverändert lasse, wenn die Sowjetunion ihre Truppen zum Teil aus Afghanistan abzöge. Moskau solle eine unverzügliche Aktion einleiten, um so Bedingungen zu schaffen, die es allen Ländern gestatte, in Moskau an den Spielen teilzunehmen. Xinhua bezieht sich hier auf eine Aussage des Regierungssprechers Bölling.

Die chinesischen Sportler nahmen an insgesamt fünf Disziplinen (Eisschnellauf, Eiskunstlauf, Abfahrt, Langlauf und Biathlon) teil.

Am 1. Februar 1980 hatte das chinesische Außenministerium verkündet, daß China den amerikanischen Aufruf an das IOC zur Verlegung der Olympischen Sommerspiele von Moskau an einen anderen Ort oder aber zur Absage unterstütze, und zwar im Hinblick auf die sowjetische Invasion in Afghanistan. Falls sich das IOC nicht zu einer solchen Verlegung oder Absage entschließen könne, werde die chinesische Regierung dem NOC Chinas nahelegen, den 22. Olympischen Sommerspielen in Moskau fernzubleiben (XNA, 2.2.1980). In einem Kommentar hatte RMRB schon am 31.1. auf die Olympischen Sommerspiele von 1936 verwiesen, die ein "Feigenblatt" für die aggressiven Pläne des damaligen Hitlerregimes gewesen seien.

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(10) 1979 960.000 Besucher in China

Im Jahre 1979 verzeichnete die VR China 960.000 Besucher. Davon waren 160.000 ausländische Touristen und 800.000 Überseechinesen. In dem Bericht über den Fremdenverkehr wurde auch die Kritik aufgegriffen, die das staatliche chinesische Reisebüro in der jüngsten Vergangenheit des öfteren geäußert hat. Primär war es dabei um überzogene Preiserhöhungen gegangen. Jetzt heißt es, man müsse die Preise anhand der gebotenen Qualität festsetzen. Besser als vereinzelte Höchstgewinne seien "kleine Gewinne auf breiter Basis." Um diese breite Basis zu erzielen, könne noch viel mehr getan werden. Z.B. würden an vielen Orten Gebäude nicht mit Touristen belegt, da einzelne Genossen zögerten, ehemals von führenden Kadern bewohnte Gebäude für touristische Zwecke zu nutzen (zit. nach AFP vom 8.2.80).

Vom 1.2.1980 an hat China auf der Strecke Kanton-Kowloon einen neuen Luxuszug eingesetzt.

Von den 12 Waggons sind 9 klimatisierte Personenwagen. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 160 km/h. Dieser modernste chinesische Zug wurde in der Sifang-Waggonfabrik in Qingdao (Tsingtao) gebaut (XNA, 1.2.80).

In der letzten Februarwoche wurden acht baugleiche Motels in fünf chinesischen Städten eröffnet. Sie wurden von der australischen Bau-gesellschaft Great Sincere (Victoria) Pty. Ltd., Melbourne, errichtet. U.a. stehen die Motels in Nanjing, Guilin und Wuxi. Finanziert wurde das Projekt durch eine Kreditlinie i.H.v. 22 Mio.A\$ (24,3 Mio.US\$) der Australian Export Finance Insurance Corp. an die Bank of China (AWSJ, 27.2.80).

-ga-

INNENPOLITIK

(11) 5. Plenartagung des XI. Zentral-komitees der KPCh

Das bedeutendste innenpolitische Ereignis der Volksrepublik China war das Zusammentreten des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu seiner 5. Plenartagung, die vom 23.-29. Februar 1980 in Peking stattfand. Dabei gelang es den Vertretern des neuen Kurses um Deng Xiaoping, sich politisch und personell vollständig durchzusetzen: Vier prominente Mitglieder der maoistischen Restfraktion im Politbüro wurden aus den Führungsgremien der Partei entfernt, während führende Vertreter der "Realisten" in höchste Positionen aufrückten. Mit der Wahl von Hu Yaobang und Zhao Ziyang in den Ständigen Ausschuß des Politbüros der KPCh und der Ernennung von Hu Yaobang zum Generalsekretär der Partei wurde nicht nur der neue Kurs weiter personell abgesichert, sondern auch in der Frage der Nachfolge von Deng Xiaoping und anderen ein entscheidender Schritt getan. Die auf der 5. Plenartagung offiziell beschlossene Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten der VRCh und Mao-Gegners Liu Shaoqi war eine erneute postume politische Entwertung des früheren Parteivorsitzenden Mao Zedong. Zum 5. Plenum und seinem politischen Vorfeld siehe ausführlich das diesbezügliche Thema in diesem Heft.

-sch-

(12) Deng: Rückzug aus dem politischen Tagesgeschäft 1985

Chinas stellvertretender Ministerpräsident und stellvertretender Parteivorsitzender Deng Xiaoping hat in einem Beitrag für die thailändische Bangkok Post seine Absicht bekräftigt, 1985 aus dem politischen Tagesgeschäft auszusteigen. Deng schrieb, er werde dann nur noch als Berater von Partei und Staat tätig sein. Er stünde jetzt in seinem 76. Lebensjahr, und Leute seines Alters müßten sich nun wirklich darum kümmern,

was nach ihnen käme. Deng betonte, daß man sich nun um gute und zuverlässige Nachfolger kümmern müsse (Bangkok Post, 10.2.80, nach SWB, 14.2.80). Mit der Wahl von Hu Yaobang und Zhao Shijang in den Ständigen Ausschuß des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh und der Ernennung von Hu Yaobang zum Generalsekretär des ZK sind bereits zwei von Deng Xiaoping auserwählte, für chinesische Verhältnisse junge Funktionäre (Hu Yaobang ist 65 Jahre, und Zhao Shijang ist mit seinen 61 Jahren der Benjamin im Politbüro) in das höchste Entscheidungsgremium der Kommunistischen Partei Chinas gewählt worden. Mit der Wahl von 11 loyalen Funktionären im Durchschnittsalter von knapp 66 Jahren zu Sekretären des Zentralkomitees wurde auf der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh ein weiterer Schritt in Richtung auf die längerfristige Absicherung des neuen Kurses getan. Gleichzeitig zog sich Deng Xiaoping von seinem Amt als Generalstabschef der Chinesischen Volksbefreiungsarmee zurück. Sein Nachfolger, General Yang Dezhi, ist allerdings mit seinen 70 Lebensjahren auch nicht mehr der Jüngste.

-sch-

(13) 13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses

Die 13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 5.-12. Februar 1980 in Peking statt. Auf der Tagesordnung des höchsten Entscheidungsgremiums des chinesischen "Parlaments" zwischen den Tagungen des Nationalen Volkskongresses standen folgende Punkte:

1. Diskussion der Rede Deng Xiaopings "Über die gegenwärtige Lage und die anstehenden Aufgaben" vom 16. Januar 1980 (siehe hierzu ausführlich das diesbezügliche Thema in diesem Heft).

2. Beschluß über die Direktwahl der Abgeordneten der Volkskongresse auf Kreisebene. Aufgrund des Berichtes des Ministers für zivile Angelegenheiten, Cheng Zihua, über die Versuchswahlen in 66 ausgesuchten Kreisen beschloß der Ständige Ausschuß des V. NVK, in der zweiten Hälfte dieses Jahres im ganzen Land Direktwahlen der Abgeordneten der Volkskongresse auf Kreisebene durchzuführen. Diese Wahlen sollen spätestens im Frühjahr 1981 abgeschlossen sein. Die Direktwahlen der Volkskongreß-Abgeordneten auf Kreisebene bilden den Ausgangspunkt für die indirekten Wahlen der Delegierten der Volkskongresse der Provinzen und des Nationalen Volkskongresses.

3. Erlaß von Bestimmungen der Volksrepublik China über die Verleihung von akademischen Titeln, nachdem Erziehungsminister Jiang Nanxiang den entsprechenden Entwurf in einem Bericht erläutert hatte.

4. Verabschiedung des Entwurfs des "Gesetzes der Volksrepublik China über die Staatsangehörigkeit" und seine Überweisung an die nächste